Diskutierten Themen rund um die Windkraftnutzung: *André Unland, Peter Knitsch, Katherina Reiche und Manfred Müller (v. l.) beleuchteten die vielen Facetten im gut besuchten Berufskolleg in Schloss Neuhaus.* FOTO: RALPH MEYER

„Die Bürger mitnehmen“

Diskussions- und Informationsforum zur Windkraftnutzung

VON RALPH MEYER

■ Kreis Paderborn. Dass Windkraftnutzung im Kreis Paderborn ein heißes Thema ist und bleibt, zeigte sich gestern beim Diskussions- und Informationsforum. zu dem der Kreis Paderborn in das Berufskolleg Schloss Neuhaus eingeladen hatte. Rund 160 Politiker und interessierte Bürger ließen sich von Bundes- und Landespolitikern über die jeweiligen Sichtweisen informieren.

Nach dem Klimaschutzkonzept des Kreises soll bis zum Ende des Jahrzehnts der Strombedarf des Kreises zumindest bilanziell aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Fast zwei Drittel dieser Strommenge sollen durch Windkraft erzeugt werden, unterstrich Landrat Manfred Müller. Mit Hilfe des Forums wollte der Kreis auch KommunalpolitikernHilfestellung bieten, die Planungshoheit der Kommunen im Rahmen der Gesetze auszunutzen.

Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, erklärte, dass rund 90 Prozent der Bevölkerung die Energiewende und den damit verbunden Abschied von der Kernenergie begrüßen. Auch die lokale Energie-Erzeugung stoße auf großes Interessen, erklärte die 39-jährige CDU-Politikerin. Unverzichtbar für den Erfolg regenerativer Energienutzung sei, die Bürger durch Informationen und transparente Planungen bei der Energiewende mitzunehmen. „Leider bringt nicht jeder Investor die nötige Sensibilität dafür auf“, so die Brandenburgerin. Peter Knitsch, Staatssekretär des Ministeriums für Klimaschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, lobte die Bemühungen des Kreises, alle Seiten zum Thema Windkraft ins Gespräch zu bringen. „Die Energiewende ist kein Selbstzweck, sondern die notwendige Konsequenz aus Klimaschutz und dem Ausstieg aus der Kernenergie“, sagte Knitsch.

»Möchten diese Fass nicht wieder aufmachen«

Nordrhein-Westfalen bezeichnete der Staatssekretär als „Energieland Nummer 1“. In dem Bundesland, in dem 22 Prozent der deutschen Bevölkerung leben, wird ein Drittel allen Stroms in Deutschland erzeugt und auch verbraucht. „Wenn die Energiewende in Deutschland gelingen soll, muss sich auch in Nordrhein-Westfalen gelingen“, sagte er wörtlich. Ziel sei, bis 2025 knapp ein Drittel der Energie erneuerbar zu erzeugen. Davon werde die Windkraft die Hauptlast tragen. Erfolg könne die Energiewende nur dann bringen, so Knitsch, wenn sie mit und nicht gegen den Bürger laufe. Ziel müsse eine sachliche Diskussion unter Beachtung des Natur- und Artenschutzes sowie des Landschaftsschutzes sein. Für Fachanwalt André Unland sind die Kommunen „ Schüsselspieler“ in der Windkraftnutzung, da nur sie über die Planunghoheit verfügen. Allerdings seien viele Kommunen durch die Schadenersatzprozesse gebrannte Kinder.

Viele Konzentrationszonen, die um die Jahrtausendwende beschlossen wurden, hätten inzwischen ein „gewisses Alter“ erlangt und müssten entweder erweitert werden oder für größere Anlagen angepasst werden. „Viele Kommunen haben leider ein großes Beharrungsvermögen und möchten diese Fass nicht wieder aufmachen“, bedauert Unland, denn es gäbe durchaus geeignete Werkzeuge.

Katherina Reiche betonte, die Diskussion sei zwar auf die Windkraftnutzung fokussiert, man müsse aber aber auch Wärmebereich, Gebäudedämmung, Mobilität und die Effizienz betrachten. Gleichwohl steige in allen Bereichen der Anteil regenerativer Energie und liege zurzeit bei etwa sechs Prozent. Den Gesamt-Energieverbrauch in Deutschland stufte Reiche in den vergangenen Jahren als nahezu konstant ein.